

persönlich/vertraulich

Herrn  
**Dr. Edmund Stoiber**

c/o **CSU - Landesleitung**

Franz Josef Strauß - Haus

Nymphenburgerstrasse 64

**D – 80335 München**

Meerbusch, den 27. August 2002

**Altersvorsorge - Privatrente - das Top-Thema**  
**Die DRSB Bürgerrente – Deutscher Rentenschutzbrief**  
**DRSB AG - Partnersuche**

Sehr geehrter Herr Dr. Stoiber,

Ihr Wahlaussagen treffen nicht nur meinen Geschmack sondern auch den Nerv vieler Wähler. Wenige Wochen vor der Bundestagswahl werden Sie und alle Spitzenvertreter der Union im Dauereinsatz sein.

**Mehr Steuergerechtigkeit**  
**Mehr Bildungsqualität**  
**Mehr Arbeitsplätze**

sind die Kernziele der **CSU / CDU**.

Nur eine Aussage Ihrer Partei fehlt mir: **- Mehr Rente -** ! Sie waren, sind und bleiben als christliche Union die Partei der absoluten demokratischen Mitte

**Aber sind Sie nicht auch die Partei der zukünftigen und jetzigen Rentenbezieher?**

Ein unerschöpfliches Wählerpotential das - mit Respekt und Stil - die fürsorgliche Beachtung der **CSU / CDU** erwarten darf.

In Ihrem Wahlprogramm ist nachzulesen, dass die Union den Mut zu Veränderungen im Rentensystem hat. Veränderungen die von mir bereits 1994 erstellt ( DRSB e.V. ) und in Programmen und Produktsystemen ( DRSB e.V. - Bürgerrente – Rohskript / DRSB AG Deutscher Rentenschutzbrief ) Gesicht und Profil erhielten.

Beigelegt zu diesem Schreiben erhalten Sie zur gefälligen Kenntnisnahme den Geschäftsplan der DRSB AG sowie das Rohskript - Bürgerrente . Der Countdown zur Wahl läuft, die Zeit ist reif für bessere Rentensysteme. Greifen Sie das Thema rechtzeitig auf bevor es andere besetzen.

persönlich/vertraulich  
Herrn  
Dr. Edmund Stoiber  
c/o CSU - Landesleitung  
Franz Josef Strauß - Haus  
Nymphenburgerstrasse 64  
D – 80335 München  
Meerbusch, den 27. August 2002

- 2 -

Es wäre schön wenn die unterbreiteten Vorschläge und Konzepte Ihr **Interesse** finden.

Die im Juli 2002 durchgeführten Umfragen für das Forschungs-Projekt **Forward - Impuls - Marketing Bürgerrenten-System** haben im Bereich **Lebensphasenkonzept** zu nachfolgenden Studienergebnissen geführt.

1. In der Altersgruppe **18 bis 25** Jahre möchten **63,5%** nur noch eine Private Altersvorsorge aufbauen.
2. In der Altersgruppe **26 bis 35** Jahre möchten **75,7%** überwiegend die Altersvorsorge außerhalb der gesetzlichen Vorgaben gestalten.
3. In der Altersgruppe **36 bis 45** Jahre möchten **85,9%** sofort zusätzliche Altersvorsorgemaßnahmen treffen.
4. In der Altersgruppe **46 bis 60** Jahre möchten **84,9%** bis zu 25% ( Durchschnittswert 20,5% ) des Nettoeinkommens noch bestmöglich zur Alterssicherung anlegen.

Nach einer vorgegebenen Allokation entschieden sich aus allen Altersklassen

**61,5% für private Rentensysteme**  
**14,5% für Investment- oder Wertpapierdepots**  
**17,9% für Immobilien**

**6,1%** machten keine Angaben für eine Zuordnung. Die stark verschlechterten Werte für Investment- und Wertpapierdepots sind **auch weiterhin** nur eine **Momentaufnahme** der Börsenturbulenzen der letzten Wochen.

In einer zusätzlichen Umfrage wurde die Frage gestellt: **Wovor haben Sie 2002 am meisten Angst?**

Das nachfolgend aufgeführte Ergebnis hat - in dieser Deutlichkeit - auch unsere Experten überrascht:

1. Starke Angst, auf Pflege angewiesen zu sein, äußerten **62,6%**.
2. Dass ihrem Kind etwas zustößt, befürchten **61,7%**.
3. Sehr viel Angst haben **53,9%** vor schwerer und unheilbarer Krankheit.
4. **47,2%** aller Befragten Frauen haben starke Angst vor einer Vergewaltigung.
5. **37,4%** graut davor, im Alter einsam und alleine zu sein.

Eines Tages auf Pflege angewiesen zu sein, sich hilflos zu fühlen und mittellos zu werden - diese Vorstellung macht den meisten Befragten große Angst. Hierbei ist besonders hervorzuheben, dass dieses Gefühl bei den unter 30-Jährigen enorm ausgeprägt ist und sich ständig verhärtet.

- 3 -

persönlich/vertraulich  
Herrn  
Dr. Edmund Stoiber  
c/o CSU - Landesleitung  
Franz Josef Strauß - Haus  
Nymphenburgerstrasse 64  
D – 80335 München  
Meerbusch, den 27. August 2002

- 3 -

Dieses erneut überraschende Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass kaum ein anderes Thema wie die Altersversorgung in den letzten Jahren in den Mittelpunkt des Interesses gerückt wurde. Die öffentlichen Diskussionen um die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Renten, die Kette von Rentenreformgesetzen, deren Ende noch nicht absehbar ist, und die Diskussion über die zukünftige Besteuerung von Alterseinkünften führen immer stärker zur Verunsicherung.

Seit 1977 wird regelmäßig in die Rentenanwartschaften eingegriffen. Das Prinzip der Beitragsäquivalenz wird ständig und systematisch ausgehöhlt.

Immer weniger Leistung für immer höhere Beiträge ist die Bilanz, die sich aus 30 Jahren Konsolidierungspolitik bei den Renten ziehen lässt.

Vertrauensschutz für alle Versicherten, aber auch für die Selbständigen und Hausfrauen, die nach 1972 mit dem Versprechen eines hohen Leistungsniveaus in die gesetzliche Rentenversicherung gelockt wurden, ist zwingend notwendig.

Diese Verunsicherungen spiegeln sich zunehmend in den Umfragen und haben einen wachsenden Stellenwert.

Noch ist nicht abzusehen, welchen Schaden die Hochwasserkatastrophe verursacht hat und weiterhin verursacht. Die Bilder aus Bayern, Sachsen, Österreich und Tschechien lassen das tatsächliche Ausmaß der Verwüstungen nur erahnen.

Nach ersten Schätzungen sind allein in Deutschland über 4 Millionen Menschen betroffen, über 100.000 Menschen mussten aus ihren Häusern und Wohnungen evakuiert werden.

Manche haben **nur** einen überfluteten Keller zu beklagen, viele jedoch stehen vor den **Trümmern** ihrer **Existenz**.

Allein durch staatliche Mittel, soviel steht fest, ist den durch die Hochwasserkatastrophe verursachten Schäden nicht beizukommen.

**Naturereignisse werden immer ihre Spuren hinterlassen und sind nicht kalkulierbar.**

Ein weit größeres und lange vorhersehbares **Fiasko** wird unsere Bevölkerung die nächsten Jahre heimsuchen. Gemeint sind die Altersvorsorgelöcher die in naher Zukunft große Teile der Rentner zu **Almosenempfänger** stempeln wird.

Der Aufbau einer staatlichen Förderung für eine zusätzliche privat finanzierte Altersvorsorge ist nach Meinung von Bundesarbeitsminister Walter Riester die größte Sozialreform der Nachkriegsgeschichte und das größte Programm zur Förderung eines Altersvermögens, dass es je gab.

Namhafte Kritiker sehen hierin mit Blick auf hohe Nebenkosten und geringe Renditen den Flop des Jahrhunderts, die Aquiselhilfe für die Fußkranken der Nation.

- 4 -

persönlich/vertraulich  
Herrn  
Dr. Edmund Stoiber  
c/o CSU - Landesleitung  
Franz Josef Strauß - Haus  
Nymphenburgerstrasse 64  
D – 80335 München  
Meerbusch, den 27. August 2002

- 4 -

Die Bandbreite der Meinungen und die Fülle von Veröffentlichungen bestärken das Bestreben des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V., die gesetzlichen Regelungen, die Verzahnungen mit den verschiedenen Rechtsgebieten und den hieraus sich ergebenden Beratungsbedarf für anstehende Entscheidungsprozesse näher zu beleuchten.

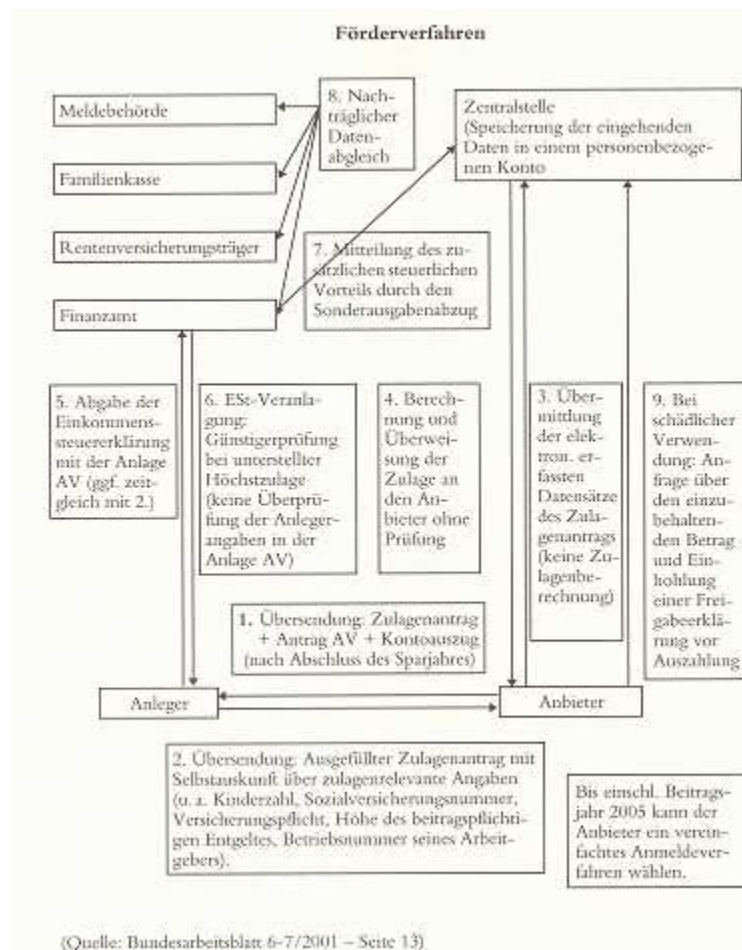
Es liegt mir sehr daran das Thema Altersvorsorge transparenter zu gestalten und baue auf Ihre tätige Mithilfe und bin bereit meine Erfahrungen mit einzubringen.

Anbei erhalten Sie ein Rohskript des DRSB e.V. Entwurfes einer

### DRSB Bürgerrente – Deutscher Rentenschutzbrief

auf der Basis einer rein fiskalischen Abwicklungsplattform.

In der allgemeinen Diskussion um die privatfinanzierte Altersversorgung wird aus meiner Sicht zurecht die Komplexität der gesetzlichen Grundlagen, der enorme Verwaltungsaufwand und damit die Schwerfälligkeit der  **sogenannten Riester-Rente**  beanstandet.



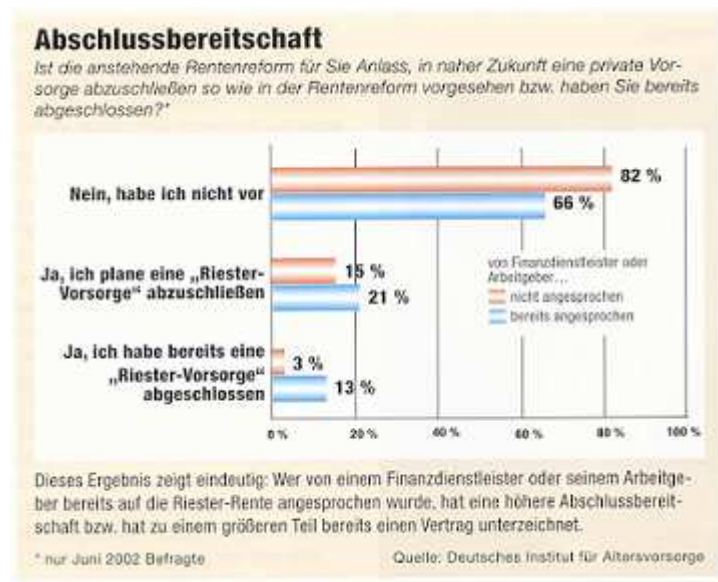
- 5 -

persönlich/vertraulich  
Herrn  
Dr. Edmund Stoiber  
c/o CSU - Landesleitung  
Franz Josef Strauß - Haus  
Nymphenburgerstrasse 64  
D – 80335 München  
Meerbusch, den 27. August 2002

- 5 -

Selbst für Steuerberater und Finanzbeamte ist das Gesetz aufgrund der Vielzahl von Neuerungen mit den von Anfang an unzähligen Abgrenzungsfragen, Möglichkeiten des Gestaltungsmissbrauchs sowie Konstruktionen, bei denen eine Förderung ohne eigenen echten Beitrag möglich sind, in Misskredit geraten.

Die Abschlussbereitschaft in der Bevölkerung hält sich – auch nach Aufklärung – in engen Grenzen.



Der wichtigste Ansatzpunkt der Kritik zur **sogenannten Riester-Rente** ist darin zu sehen, dass die Förderung der privatfinanzierten Altersversorgung auf bestimmte Berufsgruppen beschränkt ist.

Abgrenzungsfragen allein zu der Berufsgruppe

### Arbeitnehmer

ist im Steuer- und Sozialversicherungsrecht ein unerschöpfliches Thema.

Gesetzesänderungen, Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen zu diesen Fragen finden wohl nie ein Ende.

Durch das Instrumentarium Arbeitsverhältnis kann in den Bereichen Steuer und Sozialversicherung - je nach Zielsetzung - viel Geld gespart werden.

- 6 -

persönlich/vertraulich  
Herrn  
Dr. Edmund Stoiber  
c/o CSU - Landesleitung  
Franz Josef Strauß - Haus  
Nymphenburgerstrasse 64  
D – 80335 München  
Meerbusch, den 27. August 2002

- 6 -

Zusätzliche Arbeitsbelastungen würden sofort in vielen Verwaltungsbereichen entfallen.

Aus den Kommentierungen zum Thema

### **Das neue Altersvermögensgesetz**

habe ich nirgendwo eine sachliche Begründung dafür gefunden, die Förderung privatfinanzierter Altersvorsorge auf bestimmte Berufsgruppen

### **Arbeitnehmer - Beamte – Landwirte**

zu begrenzen.

**Für die vorgenannten Berufsgruppen besteht bereits eine gesetzliche Altersversorgung.**

Bei den

### **Selbständigen**

dagegen ist bisher überhaupt keine gesetzliche Altersversorgung geregelt. Hier ist das Risiko der Inanspruchnahme des Staates und somit der Allgemeinheit durch Sozialhilfe etc. gegeben, so dass sich auch an dieser Stelle ein enormer Regelungsbedarf ergibt.

Eine einheitliche Regelung für privatfinanzierte Altersversorgung für alle Bürger

### **Stichwort: DRSB Deutscher Rentenschutzbrief - Bürgerrente**

wäre somit ein erster Schritt für allgemeinverständliche und einvernehmliche Regelungen dieses Themas. Die vorgenannten angesprochenen Abgrenzungsfragen und Möglichkeiten zum Gestaltungsmissbrauch wären von Anfang an nicht mehr gegeben.

Aufgrund des hohen Ausbildungsstandes und der technischen Ausstattung der Finanzverwaltungen ist eine Abwicklung der privatfinanzierten Altersversorgung sowohl auf Basis der Förderung durch Zuschuss als auch steuerlicher Förderung durch Sonderausgabenabzug

### **einfach und unbürokratisch**

zu regeln.

Die Notwendigkeit der Beteiligung vieler Parteien zum Förderverfahren um die bestehende sogenannte Riester-Rente könnte auf modifizierter Plattform allein von den Finanzverwaltungen übernommen werden.

- 7 -

**Udo Piassetzky**  
Vorstandsvorsitzender des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V.

persönlich/vertraulich  
Herrn  
Dr. Edmund Stoiber  
c/o CSU - Landesleitung  
Franz Josef Strauß - Haus  
Nymphenburgerstrasse 64  
D – 80335 München  
Meerbusch, den 27. August 2002

- 7 -

Das seit je her bestehende Verfahren der Abzugsfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgaben brauchte nur moderat in Teilbereichen modifiziert werden. In dem bisherigen System der Abzugsfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen bedarf es keiner grundsätzlichen Änderung.

Folgende Modifizierungen wären im Bereich der Vorsorgeaufwendungen sinnvoll und nützlich:

1. Der Nachweis für geleistete Vorsorgeaufwendungen sollte in der Qualität zu der bisher üblichen Praxis angehoben werden – z.B. durch Vorlage einer Originalbescheinigung des Anbieters nach amtlich vorgeschriebenen Muster.
2. Das Verfahren zur Günstigerprüfung – ob Zuschuss oder Sonderausgabenabzug, ist in Steuerbescheiden bereits bei der Günstigerprüfung Kindergeld oder Kinderfreibetrag bekannt.
3. Ein zusätzlicher **Vorwegabzug** für Vorsorgeaufwendungen ist im Rahmen der bereits bestehenden Höchstbetragsberechnung für Vorsorgeaufwendungen lediglich um einen Rechenschritt zu erweitern.
4. Eine Nachversteuerung bei schädlicher Verwendung der Altersvorsorge und Anrechnung einer Kapitalertragssteuer ist im jetzigen Steuersystem bei Lebensversicherungen bereits verankert.
5. Eine Einarbeitung einer **Kinderzulage** wie in der sogenannten Riester-Rente wäre an dieser Stelle zunächst ein Systembruch – letztendlich jedoch technisch machbar – z.B. zusätzlicher Vorwegabzug und zusätzliche Zulage.

Durch die Zentralisierung der Förderung der privatfinanzierten Altersvorsorge auf die Finanzverwaltung sind folgende Vorteile gegeben:

1. **Fortfall Risiko Verlust von Informationen durch die Beteiligung verschiedener Institutionen.**
2. **Kein zusätzlicher Personalbedarf in der Finanzverwaltung notwendig.**
3. **Kontrolle schädlicher Verwendung einer Altersvorsorge einfach und sicher möglich.**
4. **Sicherstellung Steuerausfall durch Einbehalt Kapitalertragssteuer vom Anbieter gewährleistet.**
5. **Reduzierung Verwaltungsaufwand bei Anbietern – führt zur Erhöhung der Rendite bei Anlegern.**

- 8 -

**Udo Piassetzky**  
Vorstandsvorsitzender des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V.

persönlich/vertraulich  
Herrn  
Dr. Edmund Stoiber  
c/o [CSU - Landesleitung](#)  
Franz Josef Strauß - Haus  
Nymphenburgerstrasse 64  
D – 80335 München  
Meerbusch, den 27. August 2002

- 8 -

Für Rückfragen stehen Ihnen uneingeschränkt nachfolgend aufgeführte Personen zur Verfügung:

1. **Steuerberater Hans-Josef Leiting**      Mobiltelefon xxxx xx xx xxx      Büro xxxx xxx xx xx  
( Aufsichtsratsmitglied DRSB AG )
2. **Udo Johann Piassetzky**      Mobiltelefon xxxx xx xx xxxx      Büro xxxx xxx xx xx
3. **E-mail Adresse**      xxx.xxxxxx@xxxxxx.xx

Ich hoffe Ihnen mit den Informationen und Unterlagen gedient zu haben und verbleibe in der Erwartung Ihrer geschätzten Rückantwort.

Für Ihre weiteren Wahlkampfeinsätze wünsche ich Ihnen viel Glück und Erfolg. Für mich sind Sie schon heute der neue **Bundeskanzler** für unser Land.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

Udo Piassetzky

Anlage: Geschäftsplan der DRSB AG und DRSB e.V. Rohskript/Bürgerrente - Düsseldorf